

Stralsund

eine Stadt zum Lieben, Spielen, Lernen und Leben

Sozial - gerecht

Transparent – in den Entscheidungen

Radfahrfreundlich – sichere Radwege und Stellplätze für Fahrräder

Altersgerechte Lebensform – bedarfsgerecht für Jung und Alt

Lebensfreude – für alle Einwohner

Standort – für Arbeitsplätze, Kultur, Erholung und Sport

Nachhaltige Stadtentwicklung – faire Verteilung von Lebenschancen

Umweltschonend – der Natur und den Menschen zu liebe

Demokratisch – entscheidende Basis für eine stabile Entwicklung

**Wahlprogramm der Partei DIE LINKE. Stralsund
zur Bürgerschaftswahl 2019**

beschlossen auf der Gesamtmitgliederversammlung, Stralsund, 16. Februar 2019

Für eine lebenswerte, soziale Stadt

Gemeinsam und solidarisch gestalten

Politik ist greifbar, wenn sie etwas vor der eigenen Haustür verbessert.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für eine solidarische Stadtentwicklung, für eine friedliche, lebenswerte und lebendige Stadt für alle. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Flächenplanung, Freizeitmöglichkeiten und Erholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse aller ausgerichtet werden.

Im Fokus stehen hierbei die Schaffung von mehr preiswerten, auch für Hartz-IV-Empfänger bezahlbaren Wohnungen, ob städtisch oder genossenschaftlich, und der Erhalt von Freiräumen und -flächen.

DIE LINKE. Stralsund spricht sich für soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken aus. Stadtplanung sollte in diesem Sinne ausgerichtet sein.

Bürgerbeteiligung

Nichts ist wichtiger als das persönliche Gespräch. Wir reden mit den Einwohner*innen, wir sind als Kommunalpolitiker*innen stets ansprechbar, wir reagieren auf Ideen und Sorgen. Politik von oben herab lehnen wir konsequent ab. Wir schicken niemanden weg.

Die Fraktion legt einmal jährlich öffentlich umfassend Rechenschaft über ihre Arbeit ab. Darüber hinaus werden die Abgeordneten, die der künftigen Fraktion angehören, sich in den Wohngebieten den Einwohnern zur Rechenschaft stellen.

Damit der rechtliche Rahmen für mehr Bürgerbeteiligung in Stralsund geschaffen wird, werden wir darauf hinwirken, entsprechend der Kommunalverfassung M-V, die Hauptsatzung dahingehend zu erweitern, dass in Stralsund Stadtteilvertretungen gebildet werden können. In diesen sollen neben den Bürgern auch Einwohner der Hansestadt Stralsund mitwirken.

DIE LINKE. Stralsund ist für mehr Bürgerbeteiligung an der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen und anderen Zukunftsprojekten.

⇒ Zukunftsprojekte mit umfänglicher Bürgerbeteiligung gestalten.

Neuer Markt, Bahnhofsvorplatz / Busbahnhof, Weidenbastion, Hafeninsel, Sundpromenade, Bebauung des Areals ehemals Schwesternwohnheim am Krankenhaus, Bebauungsgebiet Knieper West ehemals Plattenwerk

Dabei leitet der Ansatz, dass Lebensqualität und Gemeinwohl vor wirtschaftlichen Belangen stehen und nicht umgekehrt.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ Bürgerbeteiligung und Bürgerbegehren. Wir wollen diese Instrumente viel aktiver nutzen. Wir setzen auf einen Ausgleich der Interessen und weniger auf die Durchsetzung der Interessen von Investoren.

⇒ Schaffung einer Plattform „Zukunftswerkstatt“, bei der Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Gewerkschaften, Vereine, Organisationen und Wirtschaft gemeinsam und gleichberechtigt Erfahrungen, Wissen und Ideen teilen, um Lösungen und Entwürfe für ein nachhaltiges, zukunftsorientiertes Stralsund zu entwickeln.

⇒ für die Offenlegung der Geschäftsführergehälter der kommunalen Betriebe, denn diese stehen in besonderer Verantwortung im Umgang mit öffentlichen Geldern. Das ist ein wichtiges Thema in Fragen der Transparenz.

⇒ dass bei Personalentscheidungen in Spitzenfunktionen die Kandidatinnen oder Kandidaten ausschließlich nach fachlicher Kompetenz und persönlicher Integrität auszuwählen sind. Vetternwirtschaft, und Parteilichkeit sind mit uns nicht zu machen. Die gleichen Maßstäbe legen wir bei der Vorbereitung kommunalen Entscheidungen an, um den Eindruck der Klüngelwirtschaft auszuschließen.

⇒ Transparenz in den Gremien der Verwaltung der Stadt.

Beitragen hierzu muss beispielsweise die Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen mit detaillierten sachlichen Ausführungen zu Abstimmungsprozessen und den Antworten auf gestellte Anfragen.

⇒ Live-Streaming von Bürgerschafts- und Ausschusssitzungen.

⇒ eine Kinderbetreuung bei Bürgerschafts- und Ausschusssitzungen, um mehr Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme in der Kommunalpolitik zu ermöglichen.

⇒ die Abschaffung des nicht öffentlichen Teils bei Sitzungen, sofern Themen behandelt werden, bei denen der Ausschluss der Öffentlichkeit nicht gesetzlich vorgeschrieben ist.

⇒ Die Kleingartenvereine sind einzuladen, um ein Konzept für die Erhaltung und künftige Nutzung der Gärten zu erarbeiten. Die Vergabe freier Kleingärten an Zugezogene (aus dem Ausland, aus anderen Bundesländern) ist zu erleichtern.

Klima/Umwelt

Jedes kommunalpolitische Handeln muss konsequent auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit hin überprüft werden, so bei der Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung, der Industrie- und Gewerbeansiedlung, dem Flächen- und Landschaftsverbrauch, beim öffentlichen und privaten Wohnungsbau, der Energieversorgung, der Abfall- und Wasserwirtschaft, im kommunalen Beschaffungswesen, bei der Bewirtschaftung und Errichtung öffentlicher Immobilien und vielem mehr.

DIE LINKE. Stralsund unterstützt kommunal und auf allen Ebenen die Einwohnerinnen und Einwohner sowie ihre Vereinigungen, die sich gegen Umweltbelastungen und -gefahren wehren oder den Naturschutz fördern. Sie unterstützt den Kampf für ökologische Alternativen auf allen Gebieten.

Umweltschutz, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit widersprechen sich nicht. Sie bilden für uns eine Einheit und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Energiewende jetzt! Das Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus ist die Energiewende hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung. Die LINKE. steht deshalb konsequent für eine kommunale und dezentrale Energieerzeugung und -nutzung. Mit den Stralsunder Stadtwerken haben wir dafür gute Voraussetzungen für den Weg zur selbstbestimmten kommunalen Energiewirtschaft. Um diesen Weg weiter zu gehen, unterstützen wir Initiativen und Projekte mit dem Ziel der dezentralen und ökologischen Energieerzeugung.

DIE LINKE. steht für die Energiewende in kürzester Frist. Auf dem Weg zu 100 Prozent erneuerbarer Energien muss das Tempo und die Anstrengung verstärkt werden.

Dieses Ziel muss jetzt und mit Ausdauer – auch in unserer Stadt – konsequent angegangen werden. Deshalb muss die Energiewende gegen Einzelinteressen und die Marktübermacht der industriellen Energiewirtschaft energisch vorangetrieben werden, mit der Nutzung von Wasserkraft, Wind- und Solarenergie, Erdwärme, Biomasse/-gas, dem gleichzeitigen Rückbau konventioneller

Energieerzeugung sowie mit einer Vielzahl von Maßnahmen zum Energiesparen und zur Verbesserung der Energieeffizienz.

Die Lage unserer Stadt bietet die ideale Voraussetzung für das Wohlbefinden der Menschen in unserer Stadt. Alle kommunalen Planungen müssen deshalb europäische Verpflichtungen zum Natur- und Artenschutz verantwortungsvoll umsetzen, um diese Lebensqualität zu erhalten. Dies gilt vor allem bei Straßenplanungen, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen.

DIE LINKE. Stralsund unterstützt außerdem die Herstellung und Vermarktung von regionalen Produkten aus ökologischer Herstellung.

Dadurch werden weite Transporte vermieden und die heimische Wirtschaft gefördert. Wir wollen eine nachhaltige Regionalpolitik, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Dafür ist die Ausarbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen erforderlich.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ den frühestmöglichen Ausstieg der kommunalen Energieversorgung aus der Atomenergienutzung (Stand 2015: 14% Atomstrom).

⇒ die Förderung der dezentralen nachhaltigen Energieerzeugung. Blockheizkraftwerke in den Wohngebieten.

⇒ die mittelfristige Umrüstung der öffentlichen Gebäude zu „Energieselbstversorgern“.

⇒ die Förderung und weitere Ansiedlung von nachhaltig arbeitenden Betrieben in Stralsund.

⇒ Aktionspläne zur Minimierung der Abwasserbelastung.

⇒ für Lärmvermeidung und wirksamen Lärmschutz durch schalldämpfende Straßenbeläge in den Wohngebieten

⇒ für verbindliche Regelungen dass bei Kompensationsmaßnahmen zuerst die Maßnahme umgesetzt wird ehe der Eingriff in den bisherigen Bestand erfolgt (z.B. Bäume dürfen erst dann gefällt werden, wenn die geforderte Anzahl der neuen Bäume gepflanzt ist)

⇒ für die Sanierung der Stadteiche wobei darauf zu achten ist, dass vom Tierpark kein Schadstoffeintrag in den Moorteich erfolgen kann

Infrastruktur/Mobilität

Um Stralsund als „lebenswerte Stadt“ zu erhalten, bzw. weiterzuentwickeln, kann eine gute Stadtplanung nur unter Berücksichtigung der für die Menschen wichtigen Aspekte Familie, Bildung, Arbeit und Kultur funktionieren. Aufgabe einer guten Stadtplanung muss es sein, für ein ausgewogenes Verhältnis von gutem Lebensraum und Raum für Wirtschaftsbetriebe/Unternehmen zu sorgen. Zur Sicherung der Verträglichkeit von Wohnen und Industrie müssen die bestehenden Vorgaben wie der Abstandserlass und die Immissionsschutzgesetze eingehalten und ständig überprüft werden. (Beispiel: Umweltbelastung im Wohngebiet REWA Kläranlage Franken)

Bei aller Kritik ist Stralsunds öffentlicher Nahverkehr leistungsfähig. (VVR – Aufgabe des Landkreises)

Die Bürgerbeteiligung in Gestalt eines Fahrgastbeirats sollte etabliert werden.

Wir wollen hier keine weiteren Sparmaßnahmen. Diese gehen zu Lasten der Qualität des Nahverkehrs. Das Limit ist erreicht. (Linie 2)

Leidtragende wären Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können.

DIE LINKE. Stralsund will den öffentlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr stärken. Die Bereitstellung eines guten öffentlichen Personenverkehrs ist für uns eine soziale und ökologische Frage.

Wir setzen uns ein für einen Verkehrsverbund im ganzen Landkreis Vorpommern Rügen.

Wir verhehlen nicht, dass wir perspektivisch auf einen ganz kostenlosen öffentlichen Nahverkehr orientieren. Bis dahin sollen Sozialtarife gefördert werden sowie die kostenlose Beförderung von Schüler*innen und Auszubildenden.

Neben Bus, Bahn und Fähr- und Ausflugsschiffsverkehr (kleine Kreuzfahrt / Anleger Devin) muss auch ein gut ausgebautes Radwegenetz zur Verfügung stehen.

Aufgabe ist, Radverkehrsanlagen (z.B. Schutzstreifen oder Radfahrstreifen) und Radwege auszubauen. Zudem soll der Drahtesel sicher und trocken abgestellt werden können. Deshalb sind Abstellanlagen für Räder an Bahnhöfen oder anderen Umsteigemöglichkeiten sowie attraktive Fahrradmitnahmemöglichkeiten im ÖPNV notwendig.

Wir möchten, dass die Fahrzeugflotten der Verwaltungen und der kommunalen Verkehrsbetrieben durch abgasarme und abgasfreie Fahrzeuge ersetzt werden. Die PKW Fahrzeuge der Verwaltungen und Eigenbetriebe sollten künftig durch ein offenes, mit E – Fahrzeugen betriebenes Car – Sharing System ersetzt werden.

Bike- oder Park – and - Ride-Systeme sind eine ökologisch sinnvolle und praktische Möglichkeit zur Beruhigung des Innenstadtkverkehrs.

Fahrgemeinschaften, Car-Sharing und Leihradssysteme müssen in Stralsund ausgebaut werden.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ die Umsetzung und Fortschreibung der vorhandenen Verkehrskonzepte.

⇒ einen Fahrgastbeirat als Form der Bürgerbeteiligung zu allen Fragen des ÖPNV

⇒ Mobilität für alle, denn Mobilität ist ein Grundrecht. Dazu gehört die Einführung von Sozialtickets/Rentnerfahrkarten und kostenfreie Schülerfahrkarten.

⇒ einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr auf mittelfristige Sicht.

⇒ eine deutliche Erhöhung des Anteils des öffentlichen Personennahverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen, ebenso des Fußgänger- und Fahrradverkehrs; dafür müssen die Bedingungen geschaffen werden. Dazu gehört der Ausbau der P & R Angebote.

⇒ den Aufbau von Car-Sharing-Systemen zur dualen Nutzung von Elektrofahrzeugen kommunaler Unternehmen zu Unternehmenszwecken einerseits und des Angebots außerhalb des Geschäftsbedarfes an Dritte andererseits.

⇒ für die Stärkung von flexiblen Lösungen, wie beispielsweise den Ruf - Bus, das Bürgertaxi oder Krankentransporte.

Solidarische Wirtschaft - Gerechte Finanzen

DIE LINKE ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Oberstes Ziel des ökonomischen Handelns in Stralsund muss die Erfüllung der kommunalen Aufgaben zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger sowie zum Schutz der Umwelt sein.

Kleine und mittelständische Unternehmen aus zukunftsweisenden Branchen müssen gefördert werden, um langfristig Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen.

Dies muss eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftsförderung in Stralsund sein!

Die Privatisierung kommunaler Betriebe wird von der LINKEN grundsätzlich abgelehnt!

Nur unter kommunaler Führung stehen die Bedürfnisse der Bevölkerung und nicht Gewinne im Vordergrund.

Um die Stralsunder Unternehmen, den Einzelhandel und das Handwerk zu stärken wird DIE LINKE. sich dafür einsetzen, dass kommunale Unternehmen (z.B. Stadtwerke mit ihren Töchtern, die LEG, die WFE, das Theater u.v.m.) und Stadtverwaltung ihr wirtschaftliches Verhalten so gestalten,

dass alle vor- und nachgelagerten Aktivitäten primär den Stralsunder Unternehmen, dem Stralsunder Handwerk und Einzelhandel zu gute kommen (Wertschöpfung vor Ort).

Ebenso ist es für uns selbstverständlich, dass die Erzeuger von lokalen und regionalen Produkten in die Ernährungskette (Supermärkte, Restaurants, Großküchen) vor Ort eingebunden werden. Das stärkt die einheimischen Erzeuger und spart Transportkosten und schont damit auch die Umwelt.

Bei der Suche nach alternativen Lösungen, ist vorrangig und frühzeitig das breite und vorausschauende Bürgerwissen anzustreben. Dem gegenüber sehen wir teure Expertengutachten kritisch, zumal sie sich im Nachhinein oft als Überflüssig erwiesen.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

- ⇒ die kommunale Entwicklung und Realisierung von zukunftsorientierten Großprojekten (LEG, SWG, SWS, SEG.)
- ⇒ Reguläre, tarifkonforme Arbeitsplätze.
- ⇒ einen Bürgerschaftsbeschluss zu einem Leiharbeiter-freien Stralsund bei kommunalen Aufträgen.
- ⇒ für den Erhalt kommunaler Betriebe und Einrichtungen. Keine Privatisierung!
- ⇒ eine vorrangige Beauftragung von Stralsunder Unternehmen durch die Stadtverwaltung und städtische Unternehmungen.
- ⇒ Bürgerentscheide bei Großprojekten, initiiert durch die Bürgerschaft.
- ⇒ die Einhaltung des Konnexitätsprinzips, welches vorsieht, dass die Verantwortung von Aufgaben- und Finanzverantwortung zusammengehören. Was von Bundesebene kommt, muss auch vom Bund finanziert werden! Gleiches gilt auch für die Landesebene.
- ⇒ das Absenken der Grundsteuer „B“ auf das vorherige Niveau. (Reduzierung der Mietnebenkosten)

Armut bekämpfen - Soziale Gerechtigkeit schaffen

Armut grenzt aus, Armut macht krank, Armut ist menschenunwürdig!

Mit Armut zu leben bedeutet für die betroffenen Menschen den weitest gehenden Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe: Kino, Kultur- und Sportveranstaltungen bleiben ein Wunschtraum; es fehlt schlichtweg das Geld für nahezu sämtliche Lebensbedürfnisse, die für die Mehrheit der Gesellschaft selbstverständlich sind.

DIE LINKE. Stralsund wird Armut in unserer Stadt nicht abschaffen können, da dazu ein grundsätzlicher Politikwechsel auf Bundesebene erforderlich ist.

Unsere Forderungen würden im Falle der Realisierung jedoch dazu beitragen, die Lebensverhältnisse eines großen Teils der Bevölkerung spürbar zu verbessern.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

- ⇒ die Abschaffung von perspektivlosen und Armut förmernden 1 Euro-Jobs, Kombilohnstellen und sogenannter Bürgerarbeit.
- ⇒ keine Vermittlung oder Einstellung in Leiharbeit in kommunalen Betrieben und bei der Vergabe von kommunalen Aufträgen.
- ⇒ den sofortigen Stopp der menschenverachtenden Sanktionspraxis des Jobcenters in Form eines Sanktionsmoratoriums in Stralsund.
- ⇒ eine Erweiterung des Angebots des Strela-Passes,

so dass Leistungsbezieher, Aufstocker, prekär Beschäftigte und Rentner mit kleiner Rente sämtliche öffentliche Einrichtungen zu ermäßigten Preisen besuchen können und von ihnen niedrigere Gebühren auf öffentliche Dienstleistungen erhoben werden.

⇒ einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr.

Bis dieses Ziel erreicht ist, muss ein Sozialticket für den Preis angeboten werden, der im Regelsatz dafür vorgesehen ist. Ein Preis über 20 Euro ist für uns inakzeptabel.

Das Ticket muss ebenfalls allen Leistungsbeziehern, Aufstockern, prekär Beschäftigten und Rentnern mit kleiner Rente zur Verfügung stehen.

⇒ die Einrichtung eines Sozialtarifs bei den Stralsunder Stadtwerken beim Stromverbrauch für Leistungsbezieher in Höhe des Betrags, der im Regelsatz dafür vorgesehen ist.

⇒ für Unabhängige Beratungsstellen mit Kontakt zu Anwälten im Sozialrecht für jeden, der Bedarf hat. Begleitung bei Behördengängen muss dabei gewährleistet sein.

Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten

Eine gute und sichere Wohnung, die den heutigen Anforderungen genügt und bezahlbar ist, gehört zu einem menschenwürdigen Leben. Aber Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Das Recht auf Wohnen schließt das Recht auf eine gesunde Wohnumwelt, auf soziale Nachbarschaften und Stadtteile, auf Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und auf Teilhabe an der Stadt ein. Deshalb gehören eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik zu den unverzichtbaren Kernaufgaben der Gesellschaft und eng zusammen.

In den letzten Jahrzehnten wurden wesentliche Grundlagen einer sozialen Wohnungspolitik beseitigt: Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erleichtert und öffentliche Wohnungsbestände privatisiert. In Stralsund wurden mehr Ferienwohnungen als Sozialwohnungen gebaut. Der soziale Wohnungsbau kommt immer weiter zum Erliegen.

In der Folge steigen die Mieten beständig an, herrscht Mangel an mietpreisgünstigen Wohnungen und viele können sich die steigenden Kosten für Miete, Nebenkosten, Wasser, Strom und Heizung nicht mehr leisten.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ die Beauftragung der Stadtverwaltung zur Erarbeitung eines Masterplanes „Sozialer Wohnungsbau“ durch die Bürgerschaft. (Beispiel Stadt Worms)

⇒ Investitionen seitens der Stadt in den sozialen Wohnungsbau. Das schafft Werte, denn preisgünstige Wohnungen sind gefragt.

⇒ keinen weiteren Bau von Ferienwohnungen.

⇒ die Förderung der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft und der Wohnungsbaugenossenschaften. Erhalt und Erweiterung des kommunalen Wohnungsbestandes. Schnellere Sanierung des bedürftigen Wohnungsbestandes.

⇒ die Anpassung der KdU Richtlinie.

⇒ eine engagierte Wohnungsbestandspolitik, die den vorhandenen Bestand preiswerter Mietwohnungen sichert.

Hierzu gehört die Ablehnung von Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen, Ferienwohnungen und Luxussanierungen jeglicher Art.

Eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche

Das Leben und die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen muss für eine zukunftsorientierte Stadt ein zentrales Thema in vielen Bereichen sein. So ist es unverzichtbar, dass die verschiedenen Gremien für Sozial-, Schul-, Umwelt-, Kultur- und Verkehrspolitik eng miteinander arbeiten, um Stralsund zu einer Kinder- und Jugend-freundlichen Stadt zu machen.

DIE LINKE berücksichtigt bei allen Entscheidungen und Ideen, dass sich die Zusammensetzung von Familien, in denen Kinder aufwachsen, verändert hat. Außer in sogenannten traditionellen Familien leben Kinder und Jugendliche in „Patchworkfamilien“, eingetragenen Lebenspartnerschaften oder mit einem Elternteil. Der Anteil von Alleinerziehenden ist stark gestiegen.

Wir sehen in diesen vielfältigen und unterschiedlichen Formen von Familie eine Bereicherung für das künftige Zusammenleben und gute Perspektiven für die soziale und kulturelle Entwicklung von jungen Menschen. Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie benötigen in allen Lebenssituationen Zukunftsperspektiven und gesicherte Angebote an qualifizierter Kinderbetreuung, Schule, kultureller Bildung, Freizeit- und Sportmöglichkeiten.

Einen Schwerpunkt ihrer Arbeit wird DIE LINKE. Stralsund auf das Thema „Kinderarmut“ setzen. Die Anzahl junger Menschen, die mit ihren Eltern von Hartz-IV-Leistungen leben, nimmt auch in Stralsund weiter zu – ebenso wie jene der Kinder in Haushalten mit Kinderzuschlag, Wohngeldbezug oder von sogenannten „Aufstockern“. Diese Kinder aus armen Verhältnissen sind von Geburt an benachteiligt, obwohl sie mit den gleichen Möglichkeiten zur Welt kommen. Ein Hauptziel der Kinder- und Jugendpolitik muss daher die Bekämpfung der zunehmenden Kinderarmut werden. Dabei zählen Taten und nicht Lippenbekenntnisse!

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

- ⇒ den sofortigen Stopp der menschenverachtenden Sanktionierungen durch das Jobcenter, insbesondere auch im Hinblick auf Jugendliche unter 25 Jahren (U25), die in verschärfter Form davon betroffen sind und deshalb auch ganz besonders darunter leiden.
- ⇒ den Erhalt und Ausbau von Familienberatungsstellen und Erziehungshilfe.
- ⇒ die spezielle Förderung von Kindern und Jugendlichen in Heimen oder betreutem Wohnen und in Pflegefamilien.
Erziehung zur Selbstständigkeit und Eigenverantwortung muss hier im Fokus stehen und darf nicht unter unzureichendem oder mangelhaft ausgebildetem Personal leiden.
- ⇒ gute und kostengünstige Mobilität für Kinder und Jugendliche, mittelfristig durch einen kostenfreien Öffentlichen Personennahverkehr, kurzfristig durch ein sofortiges kostenfreies Schülerticket.
- ⇒ Erhalt und Ausbau der Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für Kinder- und Jugendliche, wie z.B. Räume zum Aufenthalt und Jugendclubhäuser.
In jedem Stadtteil mindestens ein Jugendclub.
- ⇒ die finanzielle Unterstützung von selbstorganisierter Jugendkultur und innovativen Kulturideen.
- ⇒ mehr Förderung von Sportvereinen und der Musikschule.
- ⇒ den kostengünstigen und leichten Zugang zu öffentlichen kulturellen Einrichtungen, Museen, Bibliotheken, Theater, Schwimm und Sportbäder.
- ⇒ die Fortschreibung der Spielraumentwicklungskonzeption.
- ⇒ eine breite Aufklärungskampagne für gesunde Ernährung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, um Gesundheitswissen zum Allgemeinwissen zu machen

Gute Bildung ein Leben Lang

Gute Kitas und frühkindliche Bildung für Alle

Seit dem 1. August 2013 haben alle Kinder ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung. DIE LINKE hat dies seit Jahren stets gefordert. Um diesen Rechtsanspruch sicherzustellen, wurden zahlreiche Kitas umgebaut, erweitert und auch neu gebaut. Doch leider kann der Bedarf nicht standortgerecht, z.B. in Andershof und der Innenstadt, abgedeckt werden.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Platz für alle Kinder ab einem Jahr. DIE LINKE will diesen Rechtsanspruch in einer wohnortnahen, gut ausgestatteten Kindertagesstätte realisiert sehen. Eine qualitativ gute Prognose für den Bedarf an Kita Plätzen ist auf der Grundlage des Jugendhilfeentwicklungsplanes zu erstellen.

⇒ den Neubau von Kitas in den Stadtteilen Innenstadt und Andershof. Die Linke strebt an in Stralsund wieder einen Kindergarten in Kommunalen Trägerschaft zu betreiben.

⇒ eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien öffentlichen Kinderbetreuung. Die Selbstversorgung mit Essen in Küchen vor Ort ist der Anlieferung aus Großküchen vorzuziehen. Den Eltern ist ein Mitspracherecht bei den Grundsätzen der Essensversorgung einzuräumen.

Eine gute Schule für Alle

Die Planung im Schulbereich ist geprägt durch Reaktionen auf Geburtenrückgang, durch finanzielle Engpässe der Stadt und kurzfristig sinnvoll erscheinende Schulschließungen.

Wir wollen dem ein Konzept gegenüber stellen, das sich an den Interessen der Kinder und ihrer Eltern orientiert. Die Stralsunder Schullandschaft muss langfristig, in Abstimmung mit dem Landkreis, geplant werden und sich an pädagogischen Zielen und langfristigen demographischen Entwicklungen orientieren. Dafür braucht die Stadt Planungen, die sich frühzeitig auf die Geburtenzahlen in den Stadtteilen stützen und über regelmäßige Elternbefragungen zu Schulort, Ganztags, weiteren pädagogischen Angeboten wie Schwerpunktschulen usw., die Wünsche der Eltern ermittelt.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ die Realisierung der Möglichkeit zum wohnortnahen Besuch einer Schule in dem Stadtteil Andershof sowie der Innenstadt.

⇒ die zügige Umsetzung für den beschlossenen Neubau der Regionalen Schule am Campus „Schulzentrum am Sund“ sowie den Ersatzneubau für die Grundschule am Campus „Hermann Burmeister Schule“ zu begleiten

⇒ eine qualitativ gut ausgestattete kostenfreie Ganztagsbetreuung für alle, die dies wünschen, durch die bedarfsgerechte Erweiterung der Hortbetreuung – Es sind die Angebote der Integrations- und Inklusionsbetreuung zu stärken.

⇒ die Durchführung der nötigen Modernisierungen und Renovierungen und Abbau des Renovierungsstaus. In die Vorbereitung der Modernisierung sind die Elternvertretungen und die Schülervertreter zwingend mit einzubeziehen.

⇒ ein unbegrenztes kostenfreies W-LAN an allen weiterführenden Schulen für die Schüler ab der 7. Klasse.

⇒ qualitativ hochwertiges und kostenfreies Mittagessen und zudem Cafeterien und Mensen mit bezahlbarem und gesundem Essen. Unterschiede an den Schulen sind seitens der Stadt durch Kontrollen zu vermeiden. Ökotrophologen (Ernährungswissenschaftler(innen)) müssen beratend hinzugezogen werden. Schülerfirmen und räumlich nahe Anbieter für die Speiseversorgung sind zu

fördern.

Medizinisch gut versorgt.

Wenn wir medizinische Hilfe benötigen, erwarten wir zurecht, dass eine Ärztin oder ein Arzt erreichbar ist. Doch sowohl Allgemein- als auch Fachmediziner*innen fehlen inzwischen auch in der Stadt. Für viele Menschen gehören lange Wartezeiten und weite Anfahrwege zur nächsten Niederlassung eines Arztes zum Alltag. Krankenhäuser konkurrieren um Patient*innen, Abteilungen werden geschlossen. Es steht immer weniger die Gesundheit der Menschen, sondern wirtschaftliche Kennzahlen im Vordergrund.

Fortschritte in verschiedenen Bereichen der Medizintechnik finden deshalb nur langsam Eingang in den Alltag.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ eine wohnortnahe hausärztliche und gut erreichbare fachärztliche Versorgung.

Krankenhaus, ambulante Versorgungszentren und Praxisräume für Ärzt*innen sollen bewahrt werden.

⇒ die Errichtung eines kommunalen Medizinischen Versorgungszentrum.
(Tribseer, Grünhufe)

⇒ für die Prüfung der Rekommunalisierung des Krankenhauses. Hierzu sind langfristig Rücklagen zu bilden, um somit die finanzielle Voraussetzung für den Rückkauf des Krankenhauses zu schaffen.

⇒ für die Niederlassung von Ärzten sind Einrichtungen anzustreben, die sich in Ihrer Struktur an dem bewährten Modell der Poliklinik orientieren.

Altern in Würde und sozialer Sicherheit

Das Durchschnittsalter der Menschen steigt auch in Stralsund. Dabei bleiben viele Senior*innen bis ins hohe Alter fit, wollen sich engagieren und tatkräftig mit ihrer Lebenserfahrung am Alltag teilnehmen.

Es sind in den Stadtteilen Nachbarschaftstreffpunkte in verschiedenen Formen anzuregen. Die Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH hat bei Neubau- und Modernisierung 30% der Wohnungen als Seniorengerechte Wohnungen zu gestalten. Statt Abriss von Wohnblocks sind diese mit Aufzügen nachzurüsten.

Ältere Einwohner*innen, die pflegebedürftig sind oder anderweitig eingeschränkt werden, haben das Recht auf einen selbstbestimmten und würdevollen Lebensabend. Sie sollen in ihrem bisherigen Lebensumfeld verbleiben, so lang wie sie wollen und sie dazu in der Lage sind.

Aus der Anerkennung Stralsunds als „Seniorenfreundliche Stadt“ leitet sich die besondere Verpflichtung zum kommunalen Handeln zu diesen Aufgaben ab.

Eine Grundsicherung durch eine solidarische Mindestrente, die für alle Menschen im Alter ein Nettoeinkommen oberhalb der Armutsgrenze gesetzlich sichert, fordert die LINKE auf Bundesebene ein. Darüber hinaus wird die 100 prozentige Angleichung der Ostrenten an das Westniveau sofort eingefordert.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ altersgerechtes und barrierefreies Wohnen, das für die Mieter*innen leistbar ist.

Alternative Wohnformen, beispielsweise Senior*innen-WGs, werden wir fördern.

Gehwege, Straßen und öffentliche Plätze müssen so geplant werden, dass ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sich problemlos bewegen, orientieren und aufhalten können.

- ⇒ Ehrenamtliches Engagement muss gestärkt werden und die Mitarbeit von Senioren in der Politik ist weiterhin zu fördern.
- ⇒ eine umfassende finanzielle Unterstützung des Seniorenbeirates.
- ⇒ die massenhaft vorhandene Ressource an Lebenserfahrung der älteren Einwohner ist als Ideenquelle zu nutzen.
- ⇒ die leichte Erreichbarkeit unabhängiger Pflegeberatungsstellen (hierzu ist der Bedarf zu ermitteln)
- ⇒ Freizeit- und Kommunikationsangebote in Strukturen, die für ältere Menschen attraktiv sind.
- ⇒ das Vorhalten von Seniorentreffs in allen Stadtteilen mit passgenauen und individuellen Angeboten für Senioren, insbesondere als Form der Mehr - Generationen - Angebote, Betreutes Wohnen und verschiedene Formen des selbstbestimmten Wohnens.
- ⇒ die Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch die Einführung einer Seniorenfahrkarte.
- ⇒ den dauerhaften Verbleib der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gGmbH als Eigentum der Hansestadt.

Kultur für Alle

Kultur ist ein wichtiger Aspekt der Lebensqualität, Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Verständigung. Sie allen Menschen zugänglich, erlebbar und umsetzbar zu machen, bleibt unsere zentrale Forderung.

Unsere Stadt verfügt über eine reichhaltige Kulturlandschaft, die wir schützen wollen.

Die Theaterkrise der letzten Jahre, losgetreten von der SPD-CDU-Landesregierung, hat viele Menschen aufgewühlt und auf die Straßen getrieben. In dieser Situation standen wir an der Seite der Theater. Doch unsere Aufmerksamkeit richtete sich auch auf die vielen anderen Kultureinrichtungen und -träger, die oft mit finanziellen Schwierigkeiten zu tun haben. Dabei sind Kunst und Kultur wichtig für die Bildung, wichtig für ein demokratisches Miteinander, wichtig für Teilhabe und Entwicklung. Denn Kunst und Kultur sind der kreative Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Sie erzeugen Offenheit und Verständnis für Andere, sorgen für Vielfalt, regen zur kritischen Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität an und entwickeln sich zum Innovations- und Wirtschaftsmotor.

Kultur ist öffentliches Gut und muss erhalten und gefördert werden.

Dafür benötigen Kulturschaffende nicht nur ein hohes Maß an Anerkennung, sondern auch entsprechende Rahmenbedingungen.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

- ⇒ den Erhalt und die Entwicklung der kulturellen Angebote, insbesondere die der kulturellen Bildung, wie Musikschulen, Bibliotheken, Theater und Orchester, Museen, sowie kulturelle Initiativen in Vereinen und Verbänden. Das Kreisdiakonische Werk Stralsund e.V. ist langfristig bei der Aufgabe zu unterstützen, das große Langschiff der Kulturkirche Jakobi zu restaurieren.
- ⇒ in den kommunalen Haushalt ist für das Jahr 2020 ein angemessener Betrag vorzusehen, der der Plattdötsch Späldäl ausgereicht werden kann, um würdig ihr 100 jähriges Bestehen feiern zu können.
- ⇒ das Marinemuseum auf dem Dänholm, als Außenstelle des Stralsunder Museums, muss so ausreichend unterstützt werden, dass dieses Museum würdig die Entstehung und den Werdegang

der deutschen Marine darstellen kann

⇒ Kulturentwicklungspläne mit mehrjährigen Leistungsvereinbarungen und Angaben zu Grundbedarfsförderungen, damit sich kulturelles Engagement auf die öffentliche Förderung verlassen kann. Die Auszahlung der Mittel muss rechtzeitig erfolgen.

⇒ zur Kulturförderung im weiteren Sinn gehört auch der sinnvolle Erhalt von Wirtschafts- und Industriedenkmälern in der Hansestadt Stralsund. Hierzu zählt genauso wie das Ensemble der historische Kalkbrennerei in der Franzeshöhe der alte Lockschuppen, der einst der Bahn gehörte und diverse Ackerbürgerhäuser in der Stadt.

⇒ Wir wollen alles tun, damit Kreative zusammenkommen und sich austauschen können. Sie sollen ihre Kunst öffentlich präsentieren können.

⇒ für den Erhalt kommunaler Kulturdenkmäler. (z.B. Wand - Relief Prof. Tom Beyer)

⇒ die Linke wird darauf dringen, dass für die anerkannten Denkmäler in unserer Stadt ein Handlungskonzept zur Sicherung und Pflege der Denkmäler erstellt wird.

⇒ das sowjetische Ehrenmal und die Gräber der dort beigesetzten Rotarmisten in dem jetzigen Bestand zu pflegen und zu erhalten – das gilt auch für die Zeit evt. Bauarbeiten auf dem Neuen Markt. Diese Anlage gehört als Mahnmal gegen Faschismus unverzichtbar zur jüngeren Historie Stralsunds.

⇒ die kommunale Unterstützung bei der Einrichtung von Proberäumen für Musik-, Tanz und Kulturgruppen.

⇒ für die weitere Durchführung des „Tag des offenen Denkmals“ mit neuem Konzept. Hierzu bietet sich hervorragenden an, die Kompetenz der Hochschule Stralsund zu nutzen. Innerhalb des Studienganges Leisure and Tourism Management kann die Entwicklung eines neuen Konzeptes hierzu als Projektthema angeboten werden.

⇒ die Linke wird in der kommenden Wahlperiode anregen einen Versuch mit einem „Theaterbus“ zu starten. Einer soll von Sassnitz und ein weiterer von Tribsees oder Grimmen ausgewählte Vorstellungen der Spielstätten in Stralsund anfahren. Diese Route würde ein Stück auf der „Europastraße Historischer Theater“ liegen, die von Putbus bis Bayreuth führt. Das Theater Putbus hat mit einem Theaterbus für die Insel Rügen bisher gute Erfahrungen gesammelt.

⇒ wir werden bei der Auswahl neuer Straßennamen darauf achten, dass Namen ehemaliger jüdischer Mitbürger sowie von Kämpfern gegen den oder Opfer des Faschismus berücksichtigt werden. Wir sind der Auffassung, dass ein Platz oder eine Straße der bzw. die den Namen „8. Mai 1945“ trägt, ein ausgezeichnetes Bekenntnis der Hansestadt Stralsund zur historischen Bedeutung des Datums für Deutschland und ganz Europa darstellt.

⇒ die Stralsunder Städtepartnerschaften zum intensiven Erfahrungsaustausch zu kommunalen Problemfeldern und zum Kulturaustausch zu nutzen

⇒ eine neue Städtepartnerschaft der Hansestadt Stralsund mit einer Hafenstadt aus der Russischen Föderation einzugehen

Sport als Teil der Lebensqualität

Sport gehört für viele Menschen zum Leben dazu. Man bleibt fit, man kommt zusammen, man erfährt Respekt, Gemeinschaftssinn und Fairness. Sport bereichert unsere Freizeit, er stärkt Gesundheit und Selbstbewusstsein. Deshalb sind tausende Einwohner *innen Mitglied in einem Sportverein und unzählige andere Menschen treiben Sport, ohne in einem Verein organisiert zu sein. Sie joggen, besuchen eine Schwimmhalle, gehen wandern, fahren Rad und vieles mehr. Sie alle haben unsere volle Unterstützung. Auch deswegen, weil Sport Grenzen überwindet. Er macht keinen Unterschied

zwischen arm und reich, jung oder alt, zwischen Hautfarbe und Kultur. Sport bringt Menschen zusammen, er stärkt den Zusammenhalt der Generationen und die Integration.

DIE LINKE engagiert sich deshalb für bedarfsgerechte Angebote im Breiten- und Freizeitsport. All die hervorragenden Leistungen, die kleinen und die großen Erfolge, auch die Vielfalt des Sports wären ohne das große Engagement Tausender nicht möglich. Ohne all die Übungsleiter*innen und Trainer*innen, Schiedsrichter*innen und Kampfrichter*innen, ohne Eltern und Großeltern, ohne Sponsoren. Wir unterstützen sie.

Wer aktiv sein will, benötigt Hallen, Plätze und Nutzungszeiten.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ die Sanierung und den Ausbau der Sportstätten fortzuführen.

wie z. B.:

Neubau eines Leichtathletik - Stadions an der Kupfermühle

Ersatzneubau einer Einfeldsporthalle für die Grundschule in Andershof

Neubau einer Sport-Schwimmhalle mit 25 Meter Becken für Schulen, Vereine und Freizeit.

Betrieben werden soll diese Schwimmhalle durch die kommunale Hand.

Aufwertung des Speedway - Stadions

Die umfassende Neugestaltung des Freibades mit Steganlagen, einer Rutsche,

Rettungsschwimmerturm und Umkleidekabinen.

⇒ bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder.

⇒ die Einstellung von ausreichendem Personal (Hallen- und Platzwarte) zur Pflege und Bereitstellung kommunaler Sportstätten während der Trainings- und Wettkampfzeiten.

⇒ der Sportplatz am Frankendamm soll langfristig als Schul- und Vereinssportplatz gesichert werden. Sportanlagen gehören als Merkmal der Lebensqualität und zur Auflockerung der Bebauung unbedingt in die Wohngebiete. Sobald es möglich ist, soll der Sportplatz seinen alten Namen wieder erhalten. In Google Maps ist er immer noch unter dem Namen „Stadion der Freundschaft“ zu finden.,

⇒ die Unterstützung des Ehrenamtes in Vereinen durch den Kreis und die Kommune verstehen wir mehr als nur eine freiwillige Leistung. Die Wahrnehmung von Ehrenämtern ist Ausdruck der Selbstverantwortung und bietet für die Vereinsmitglieder eine anerkannte Werteorientierung. Deshalb sollen die Nutzungsentgelte für Sporteinrichtungen, Übungs- und Vereinsräume, etc. für die gemeinnützigen Vereine stabil bleiben und die finanziellen Zuschüsse mindestens auf dem jetzigen Niveau gehalten werden. Investitionen sind dort zu fördern, wo es dringend nötig ist.

Für eine kommunale Friedenspolitik

Die Hansestadt Stralsund und die überwiegende Mehrheit ihrer Einwohnerinnen und Einwohner betonen und leben ihre Weltoffenheit. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich dem Gedanken der internationalen Solidarität und der Völkerverständigung verpflichtet. Noch mehr wünschen Sie sich ein friedliches Zusammenleben, nicht nur mit den unmittelbaren Nachbarstaaten, nicht nur in Europa, sondern weltweit.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ die Durchführung der Jahrestagung 2020 der Bundeskonferenz Mayors for Peace Deutschland (Bürgermeister für den Frieden) in Stralsund.

⇒ die Beantragung des Titels „Stadt des Friedens“.

⇒ die Unterstützung der Initiative zur Durchführung der Russlandtage in Stralsund.

⇒ das Anstreben einer Patenschaft mit einer Stadt im russischen Baltikum. Hierzu ist mit der russischen Stadt Kalliningrad Kontakt aufzunehmen.

⇒ kommunale Friedens- und Protestmaßnahmen, Veranstaltungen und Kundgebungen. Unbürokratische Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten o.ä. ist hierbei für uns selbstverständlich.

⇒ Aktionen und Veranstaltungen von in Stralsund lebenden Menschen unterschiedlicher Nationen, die Frieden und Zusammenarbeit fördern.

⇒ eine „Schule ohne Bundeswehr“ und fordert ein Verbot von Bundeswehrwerbung an allen Stralsunder Schulen.

⇒ das keine Waffen und Waffensysteme zur Werbung für einen freiwilligen Dienst bei der Bundeswehr auf unseren Straßen und Plätzen zur Schau gestellt werden.

Gewalttaten verhindern - Rassismus gemeinsam und vorausschauend entgegenwirken

Faschistische und rechtspopulistische Organisationen und Parteien wollen das Gegenteil von dem was wir uns unter einer offenen, bunten und vielfältigen Stadt vorstellen und wollen sich mit Kampagnen gegen eine angebliche „Islamisierung“, gegen Moscheen, Flüchtlinge und Zuwanderung profilieren.

Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass Rechtspopulisten durch Mandate ihre menschenverachtende Politik verbreiten.

Wir verkennen nicht: Rechtspopulismus wirkt bis weit hinein in die Mitte der Gesellschaft. Eine breit angelegte Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut in jeder Form ist notwendig. Aufrichtiger Antifaschismus bekämpft die soziale Ungleichheit und wirkt für gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ die Bekämpfung neofaschistischer und nationalistischer Tendenzen in der gesamten Gesellschaft. Wir treten öffentlich gegen Fremdenhass und die faschistische Ideologie auf. Bei Demonstrationen und Mahnwachen stehen wir gemeinsam mit anderen Parteien, Vereinen, Gewerkschaften und Bürgern für eine humanistische und demokratische Zivilgesellschaft ein.

⇒ die Einrichtung einer Anlaufstelle für Aussteiger und Aussteigerinnen aus der rechtsextremen Szene. Zu diesem Zweck ist die Jugendsozialarbeit zu stärken.

⇒ für die Unterstützung antirassistischer Bündnisse und Organisationen.

⇒ die Nutzung aller rechtlichen Mittel – Justiz, Polizei, Ordnungsbehörden – um faschistische und rechtspopulistische Aktivitäten zu verhindern, das Land muss endlich die Strafverfolgung bei der Nutzung von Nazi-Symbolen erleichtern. In Stralsund setzten wir uns dafür ein, die Kontrollen durch das Ordnungsamt u.a. auf Trödelmärkten zu verstärken, um den Handel mit verfassungswidrigen Devotionalien zu unterbinden.

Sauberkeit, Sicherheit, Geborgenheit und Ordnung für alle Einwohnerinnen und Einwohner

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ Ausbau der Beleuchtung auf Gehwegen, insbesondere die der nördlichen Seite des Moorteiches

⇒ Die Stadtverwaltung sollte zum Frühjahrsputz aufrufen und dazu Geräte und Müllabfuhrkapazitäten bereitstellen

⇒ Es ist für ausreichende Fahrradabstellplätze in der Innenstadt (z.B. am Rathaus), vor den Schulen und am Strandbad zu sorgen

⇒ Die Hansestadt Stralsund soll die Einführung des „Grünpfils für Radfahrer“ als Rechtsabbieger, wie bereits in anderen Städten, mit vorantreiben

⇒ Vor allem in den Wohngebieten sind mehr Papierkörbe aufzustellen

⇒ Es sind Lösungsansätze zu finden, wie das Unkraut in den Bordsteinen und Gehwegen beseitigt werden kann. Es ist dazu ein Modell der ehrenamtlichen Tätigkeit zu prüfen.

⇒ Die Linke sieht Bedarf für die personelle Stärkung der Abteilung Straßen und Stadtgrün vom Amt für Planung und Bau. Die Leistungen dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben erheblichen Einfluss auf das öffentliche Erscheinungsbild unserer Stadt im Hinblick auf ihre Sauberkeit. Dazu ist auch die technische Ausstattung der Abteilung zu verbessern.

Beteiligung statt Diskriminierung - für eine selbstbestimmte Migrationspolitik

In Stralsund leben seit vielen Generationen, bis auf die Zeit des Dritten Reiches, Menschen mit ausländischem Pass unbehelligt als geachtete Mitbürger. Der tatsächliche Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist wesentlich höher. Inzwischen eingebürgerte Zuwanderinnen und Zuwanderer haben natürlicherweise einen anderen kulturellen Hintergrund im Vergleich zu den „alt-eingesessenen“ Stralsundern. Ihre Traditionen und Ansichten, wenn diese der hiesigen Rechtsordnung nicht widersprechen, können gern als eine Quelle der Bereicherung für unser soziales Miteinander genutzt werden.

Die Linke Stralsund will eine offene, bunte und vielfältige Stadt. Unser Ziel ist ein solidarisches Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger in Stralsund. Dazu gehört das Zusammenleben von Menschen in verschiedenen Lebenssituationen und mit verschiedenen Lebensweisen. Eine offene, bunte, vielfältige und dadurch lebenswerte Kommune setzt Respekt voraus – Respekt vor unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen Meinungen.

In Stralsund treten rechtsextreme, nationalegoistische und neofaschistische Strukturen auf, die eine Bedrohung für das friedliche Miteinander darstellen. Diesen Strukturen gilt es entschiedener als bisher entgegenzutreten. Denn angesichts der großen Anzahl von Menschen, die vor Krieg, Armut und Diskriminierung fliehen, muss auch Stralsund mehr Hilfe leisten und eine Integrationskultur unabhängig von wirtschaftlichen Interessen entwickeln.

DIE LINKE. Stralsund tritt ein für:

⇒ die Herrichtung von leer stehendem Wohnraum in Stralsund für die Einwohner, die erschwinglichen Wohnraum benötigen - gleichberechtigt für alle - egal ob Deutsche Staatsbürger, EU Ausländer oder Asylbewerber. Dabei soll die Wohnraumpolitik der Stadt einer Ballung von Asylbewerbern und Flüchtlingen auf einige Wohnviertel entgegenwirken.

⇒ ab dem Haushaltsjahr 2020 ist eine Haushaltsstelle vorzusehen, aus der Mittel in ausreichender Höhe zur Förderung interkultureller Projekte bereitgestellt werden können

⇒ dass bei Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes für die Verwaltung der Hansestadt Stralsund das Ziel gesetzt wird, die Unterrepräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund zu überwinden. Der Effekt soll sein, die interkulturelle Kompetenzstärkung der Verwaltung auszubauen. Davon werden die künftigen Stadtvertreter der Linkspartei ihre Zustimmung bei der Konzeptfortschreibung abhängig machen.

⇒ den gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu sportlichen und kulturellen Aktivitäten zu fördern.

Die Hansestadt Stralsund und die Bundeswehr

Nach dem Grundgesetz unterhält die Bundesrepublik eigene Streitkräfte und DIE LINKE bekennt sich zu dem Grundgesetz. Das stellt kein Widerspruch zu unserem politischen Ziel dar, die absolute Gewaltfreiheit der Beziehungen zwischen den Staaten durchzusetzen. Das wirksamste Mittel zur Gewaltlosigkeit ist nach wie vor der Rüstungsabbau in Deutschland, in Europa und letztendlich im globalem Maßstab.

Die Linke in Stralsund ist sich der langen militärische Tradition bewusst, die diese Stadt und nicht wenige Generationen ihrer Einwohner stark prägte und zum Teil noch prägt. Nach vielen Jahrzehnten als Garnisonsstadt, hat sich Stralsund zu einer Kommune, weitgehend frei von militärischen Einrichtungen, entwickelt.

Wir begrüßen, dass sich die Stadt dem Frieden verpflichtet zeigt, was in der Beteiligung an der Aktion Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden) zum Ausdruck kommt.

Eine Realität ist aber auch die unmittelbare Nachbarschaft zu der größten Ausbildungseinrichtung der Marine in Deutschland, der Marinetechnikschule Parow, der sich auch die LINKE hier stellen muss. Angehörige der Marinetechnikschule wohnen in der Stadt und setzen sich durchaus für ihre Stadt, innerhalb verschiedener sozialer Projekte, ein.

Die MTS engagiert sich für Stralsund. Sportvereine aus der Stadt und dem Kreis können z.B. die Sportanlagen der MTS mit benutzen, Katastrophenschutzübungen finden auf dem Gelände der MTS statt, das Sundschwimmen wird durch die Marine mit abgesichert und vieles mehr. Die Zusammenarbeit ist sinnvoll ausgestaltet.

Um politisch überzeugen zu können, verweigert sich die Linke nicht dem respektvollen Meinungsstreit mit Bundeswehrangehörigen über die Rolle von Militär in der Gesellschaft.

Weltkulturerbe / Kulturerbe

Wir stehen hinter dem städtebaulichen Erbe der Backsteingotik als sichtbares Merkmal aller Hansestädte. Hierbei sind die Chancen viel stärker als bisher zu nutzen, die sich durch die Städtepartnerschaften der Hansestadt Stralsund bieten.

Unser Anspruch ist die Achtung vor dem regionalen, immateriellen Kulturerbe, wie z.B. die traditionellen Wallenstein Tage. Unser Bestreben ist, das Erbe würdig in der Gesamtheit zu pflegen. Dazu gehört auch die herausragenden Lebenswerke und die Leistungen von Persönlichkeiten und Künstlern zu bewahren und ehren, die auch zu DDR-Zeiten in Stralsund wirkten und den Namen der Hansestadt in die Welt getragen haben.

z.B.: Prof. Dr. Dr. Herbert Ewe, Käthe Rieck, Prof. Scholz, Prof. Tom Beyer